

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie

Sitzungstermin: Donnerstag, 26.09.2024
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Bemerkung

Hans Leo Deumens

Gremienmitglieder

Name

Bemerkung

Nathalie Koentges

Peter Tillmanns

Franca Braun

Andrea Derichs

Birdal Dolan

Dr. Julia Oidtmann

Hilde Scheidt

Dirk Szagunn

bis 18:00 Uhr

Tim Pilz

Uschi Brammertz

Anne Eickholt-Schippers

Frank Hansen

Caline Strack

Nadine van der Meulen

Dirk Zirbes

Heike Keßler-Wiertz

Baran Yenen

Jutta Hennig

Gaby Schneider

Schriftführung

Name

Bemerkung

Michelle Schmidt

AbwesendGremienmitglieder**Name**

Michael Wedepohl

Dr. Catharina Jacobskötter

Bemerkung

unentschuldigt

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	FB 56/0517/WP18
2	Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27.06.2024 und 22.08.2024 - jeweils öffentlicher Teil	FB 56/0518/WP18
3	Weitere Erhöhung der Zuwendungen der Stadt Aachen für den Tagestreff "Café Plattform"	FB 56/0515/WP18
4	Integriertes Konzept für Attraktivität und Sicherheit	FB 56/0529/WP18
5	Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen in der Stadt Aachen (Aachener Straßenverordnung) vom 19.03.2004 in der Fassung der Änderung vom 17.07.2019	FB 32/0061/WP18
6	Ratsantrag 127/18 der SPD-Fraktion vom 11.05.2021 "Erstellung eines Leitfadens für Menschen mit Behinderung" – Wegweiser für Menschen mit Behinderungen	FB 56/0522/WP18
7	Stadtteilperspektive Zukunft Forst	FB 61/1019/WP18
8	„Wir wachsen zusammen“: Konzeptumsetzung des Quartiersmanagements im Stadtteil Forst	FB 56/0526/WP18
9	Unterbringung von Geflüchteten, Sachstandsbericht	FB 56/0525/WP18
10	Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteiffonds – hier: Aufbau eines Netzwerkes 60+ im Aachener Stadtbezirk Kornelimünster/Walheim	FB 56/0524/WP18
11	Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteiffonds - hier: Weihnachtsmarkt Richterich	FB 56/0523/WP18
12	Antrag auf Förderung von zwei Bausteinen des Projekts „Mädchen mittendrin – Mehr Chancen für Mädchen durch Fußball“ des Aachener Fördervereins Integration durch Sport	FB 56/0513/WP18
13	Housing First – Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2024	FB 56/0530/WP18

TOP
14

Betreff

Aktuelle Situation

- a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG
- b) in den Übergangsheimen
- c) bezüglich der Herkunft der geflüchteten Menschen/Nationenstatistik

Vorlage
FB 56/0514/WP18

15

Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung zurückgezogen FB 56/0517/WP18

Der Vorsitzende, Herr Deumens, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die anwesenden Vertreter*innen der Verwaltung. Danach stellt Herr Deumens, die ordnungs- und fristgemäße Versendung der Einladung und des Nachtrags fest.

Außerdem informiert der Vorsitzende, dass für die heutige Ausschusssitzung nicht über die Hinzuziehung eine*r Vertreter*in der AG Behindertenhilfe gem. § 58 Absatz 3 Satz 6 der Gemeindeordnung zu entscheiden sei, da diese leider verhindert sei.

Schließlich weist Herr Deumens darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 3 ,Weitere Erhöhung der Zuwendungen der Stadt Aachen für den Tagestreff „Café Plattform““ verwaltungsseitig von der Tagesordnung zurückgezogen worden sei.

Frau Braun bringt Ihre Enttäuschung über die Nichtbehandlung des Tagesordnungspunkts 3 ,Weitere Erhöhung der Zuwendungen der Stadt Aachen für den Tagestreff „Café Plattform““ zum Ausdruck und fragt nach Möglichkeiten eines Beschlusses im Umlaufverfahren bzw. noch vor der nächsten Sitzung des Ausschusses am 05. Dezember 2024. Herr Tönnies erklärt für die Verwaltung, dass die Fachverwaltung beabsichtige, die Sache nach einem für Ende Oktober terminierten Gesprächs zwischen der Caritas und Herrn Beigeordneten Hissel, zügig dem Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen

Auf Vorschlag von Herrn Szagunn beschließen die Ausschussmitglieder einstimmig die Tagesordnungspunkte 7 „Integriertes Konzept für Attraktivität und Sicherheit“ und 8 „Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen der Stadt Aachen (Aachener Straßenverordnung) vom 19.03.2004 in der Fassung der Änderung vom 17.07.2019“ auf den Beginn der Sitzung vorzuziehen. Weitere Änderungen der Tagesordnung gibt es nicht.

Zu 2 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integra- tion und Demographie vom 27.06.2024 und 22.08.2024 - jeweils öffentlicher Teil ungeändert beschlossen FB 56/0518/WP18

Die Ausschussmitglieder genehmigen einstimmig, bei zwei Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit in der Sitzung am 27.06.2024, die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 27.06.2024.

Die Ausschussmitglieder genehmigen einstimmig, bei drei Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit in der Sitzung, die Niederschrift der öffentlichen Ausschusssitzung am 22.08.2024.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27.06.2024 – öffentlicher Teil.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 22.08.2024 – öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1: Einstimmig, 0 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen

Zu 2: Einstimmig, 0 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen

Zu 3 Weitere Erhöhung der Zuwendungen der Stadt Aachen für den Tagestreff "Café Plattform"
zurückgezogen
FB 56/0515/WP18

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor der Sitzung verwaltungsseitig zurückgezogen, vgl. oben TOP 1 „Eröffnung der Sitzung“.

Zu 4 Integriertes Konzept für Attraktivität und Sicherheit
ungeändert beschlossen
FB 56/0529/WP18

Frau Stadtdirektorin Grehling und der stellv. Leiter des Fachbereichs „Wohnen, Soziales und Integration“, Herr Tönnies, stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation das „Integriertes Konzept für Attraktivität und Sicherheit in der Aachener Innenstadt“ (Anlage 1 zu TOP 40 der Niederschrift) vor. Insbesondere werden die Ziele und geplanten Einzelmaßnahmen der vier Säulen „Ordnungspolitische Maßnahmen“, „Sozialpolitische Maßnahmen“, „Maßnahmen im öffentlichen Raum“ sowie Maßnahmen aus den Bereichen „Kommunikation und Sensibilisierung“ näher erläutert und ausgeführt.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Frau Koentges das Integrierte Konzept für Attraktivität und Sicherheit (IKAS). Es sei ein guter Beitrag zur Steigerung der Sicherheit in der Innenstadt. Es sei von allen gewollt, dass die Innenstadt ein sicherer, angstfreier und attraktiver Raum werde und ernst zu nehmen, dass sie teilweise gemieden werde. Insofern kündigt Frau Koentges die Unterstützung ihrer Fraktion bei der Umsetzung des Konzepts an. Klärungsbedarf sehe ihre Fraktion jedoch noch im Bereich der von der Verwaltung angedachten Einschränkung des Zugangs zum öffentlichen WLAN in bestimmten ordnungspolitischen Hotspots, sowie der bislang mangelhaften finanziellen Beteiligung der StädteRegion Aachen und der stärkeren Einbindung der Träger der freien Wohlfahrtspflege in Prozesse und Abläufe des neuen Konzepts. Außerdem wünsche sich die SPD-Ratsfraktion eine noch engere Verzahnung der Arbeit mit der Polizei und die Einbettung der schon laufenden Housing-First-Anstrengungen in das IKAS. Am Ende ihres Wortbeitrags spricht sich Frau Koentges für eine stetige Evaluierung im laufenden Umsetzungsprozess und nachhaltige Lösungen bzw. gegen eine komplette Verdrängung der „Szene“ in die Außenbezirke aus.

Frau Braun schließt sich für die GRÜNE-Fraktion ihrer Vorrednerin an. Auch Frau Braun betont die eigene, originäre Verpflichtung der StädteRegion Aachen, Angebote im Bereich von Hilfe und Substitution zu schaffen bzw. in angemessener Weise mitzufinanzieren, zumal Aachen sich insbesondere durch die Substitutionsstellen zu einem Hotspot entwickelt habe. Frau Braun lobt die bessere Verknüpfung der einzelnen Bausteine der insgesamt vier Säulen des IKAS und spricht sich für eine bessere Vernetzung aller Akteur*innen in der Stadt Aachen auf den vier Feldern aus. Auch sie betont die Wichtigkeit einer Evaluation. Kritisch sieht Frau Braun und ihre Fraktion die verwaltungsseitig angedachten Maßnahmen der „Beschallung“ bestimmter Bereiche mit „klassischer Musik“ und der örtlichen Beschränkung des WLAN-Zugangs. Bei diesen beiden Themen sei eine Diskussion und Abstimmung im Ausschuss notwendig. Hinsichtlich der Einrichtung von zwei städtischen Personalstellen im Bereich der Straßensozialarbeit spricht sich Frau Braun im Interesse der Vermeidung von teuren und ineffizienten Doppelstrukturen für eine präzise Aufgabenbeschreibung aus. Frau Braun und die GRÜNE-Fraktion sprechen sich für die Etablierung kostenloser Toiletten am Kaiserplatz aus. Abgelehnt werde von ihrer Fraktion auch die Einführung des Bezahlsystems „Aachen-Taler“ aufgrund des damit möglicherweise in der Praxis verbundenen Anstiegs der Zahlen im Bereich der Gewaltdelikte auf dem Feld der Beschaffungskriminalität. Keine Zustimmung finde auch die angedachte Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne „Hilf – Aber richtig!“, hier wolle die GRÜNE-Fraktion eher auf die eigene Urteilsfähigkeit der Aachener*innen setzen. Ferner fragt Frau Braun die Verwaltung, ob ihr statistische Daten zur Anzahl von Bürger*innenbeschwerden bzw. von Einsätzen des Polizei- und Ordnungs- und Sicherheitsdienst im Bereich des organisierten Bettelns und anderer Fallgruppen vorliegen würden.

Herr Tillmanns dankt der Fachverwaltung im Namen der CDU-Fraktion für die gute Vorlage. Er hebt insbesonde-

re lobend hervor, dass die Vorlage die Örtlichkeiten mit dem dringendsten Handlungsbedarf sowie die dafür konkret erforderlichen Maßnahmen klar benenne. Herr Tillmanns lobt die Verknüpfung von sozial- und ordnungsrechtlichen Maßnahmen im IKAS. Wichtig sei, dass die vakanten Stellen beim Ordnungs- und Sicherheitsdienst besetzt werden würden. Die verwaltungsseitig angedachten zwei neuen Personalstellen für Streetworker*innen bei der Stadt Aachen hinterfragt Herr Tillmanns vor dem Hintergrund des Subsidiaritätsprinzips kritisch. Außerdem warnt Herr Tillmanns hinsichtlich der Toilettenanlage am Kaiserplatz vor möglichen Fehlern: Es dürfe nicht sein, dass am Ende gut qualifizierte Fachkräfte des Kiosk Troddwar die Toiletten betreuen – dies könne durch geringer qualifiziertes Personal geschehen. Weiter verteidigt Herr Tillmanns die StädteRegion Aachen gegen die seiner Auffassung nach ungerechtfertigte Kritik der Koalitionsfraktionen: Im Jahr 2023 habe die StädteRegion 1,3 Millionen Euro für die Suchtberatung ausgegeben und 2,5 Mio. Euro für Streetwork im Bereich der Suchthilfe. Im Ergebnis habe die StädteRegion ihr Engagement im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr also erheblich gesteigert. Am Ende seines Redebeitrags kündigt Herr Tillmanns die Zustimmung seiner Fraktion zum Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

Herr Szagunn schließt sich für die Fraktion „Die Zukunft“ dem Lob und Dank der Vorredner*innen an die Verwaltung an. Er melde allerdings Zweifel hinsichtlich der konkreten Umsetzung des IKAS an. Personal im Ordnungsbereich fehle und bezüglich der sozialpolitischen Maßnahme befürchte er das Gleiche. Seine Fraktion und er befürchten, dass nur die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Bereich „Polizei- und Ordnungsrecht“ übrig und die sozialpolitischen Maßnahmen dahinter zurück bleiben werden. Problematisch sei die Vermischung und Vermengung von unproblematischen und problematischen Fallgruppen des Bettelns. Weiter spricht Herr Szagunn die am Kaiserplatz geplante Toilettenanlage an. Eine Ausweitung des Angebots sei nötig. Allerdings befürchte er, dass beide angedachten Alternativen die Stadt Aachen teuer zu stehen kommen würden - unabhängig davon, ob diese durch die Caritas oder in Eigenregie betrieben werden. Wie die GRÜNE-Fraktion lehne die Fraktion „Die Zukunft“ die verwaltungsseitig angedachten Maßnahmen zur Einführung eines „Zahlungssystems“, die Infokampagne „Hilfe – Aber richtig!“ sowie die Einschränkung des WLAN-Zugangs in bestimmten Bereichen ab. Er sei nicht einverstanden, dass der Personenkreis so verschuecht werden solle. Die Maßnahmen seien insofern noch auszdifferenzieren.

Frau van der Meulen erklärt, dass sie die Vorlage sehr kritisch sehe. Das IKAS würde suchtkranke und bettelnde Menschen undifferenziert gleichbehandeln. Das größte Manko des Konzepts sei die fehlende Einbindung der Betroffenen im Vorfeld und bei der Erarbeitung des Konzepts. Es würden mehr Therapieplätze benötigt. Sie fordert, dass der „Unterstützungsbegriff“ neu gedacht werden müsse. Kritisch sehe die Fraktion „Die LINKE“ auch den Umstand, dass das IKAS die Möglichkeit der Implementierung eines Drogenkonsumraums im Aachener Stadtgebiet, wie ihn die Fraktion „Die LINKE“ in der Vergangenheit bereits mehrfach mit Ratsantrag gefordert habe, nicht aufgreife. Im Sinne eines weiteren Bausteins des IKAS, schlägt die LINKE vor, Aussteiger*innen aus der Szene in die Sozialarbeit/das Streetwork einzubinden, konkret sollten Tandems von Aussteiger*innen und Streetworker*innen in den betroffenen Bereichen eingesetzt werden. Frau van der Meulen führt weiter aus, dass ihre Fraktion den im Bürgerforum verwendeten Begriff der „No-Go-Areas“ in Bezug auf die betroffenen Bereiche scharf zurückweise. Es gäbe in Aachen keine No-Go-Areas. Sie selbst gehe – auch nachts – gerne an und über den Kaiserplatz. Am Ende informiert Frau van der Meulen, dass die Fraktion „Die LINKE“ die beiden angedachten Maßnahmen der Beschallung mit Musik und der Erschwerung des WLAN-Zugangs ablehne.

Frau Bürgermeisterin Scheidt lobt im Hinblick auf die Debatte über das IKAS im Bürgerforum am 24.09.2024 die vielen moderaten und abwägenden Rückmeldungen der Bürger*innen und Gewerbetreibenden, die von Verständnis für die Problemlagen der suchtkranken und bettelnden Menschen geprägt gewesen seien. Sie unterstütze das Konzept, aber bei den einzelnen Maßnahmen sei Fingerspitzengefühl nötig. In diesem Zusammenhang spricht Frau Bürgermeisterin Scheidt die Aachener Figur des „Lennet Kann“ an. Auch er sei ein Bettler gewesen, der Bürger*innen bisweilen beleidigt und beschimpft habe, dennoch, das zeige auch das Volkslied, habe die bürgerliche Gesellschaft ihn akzeptiert. Nach Auffassung von Frau Bürgermeisterin Scheidt zeige die erfolgreiche Arbeit der ehemaligen Bushof-Kümmerin, Frau Ernst, dass auch die Änderung der Zustände am Kaiserplatz gelingen könne, wenn man es richtig angehe. Insofern spricht sich Frau Bürgermeisterin Scheidt dafür aus, den Fokus am Kaiserplatz auf die sozialpolitischen Maßnahmen zu legen. Allerdings widerspricht sie Frau van der Meulen hinsichtlich deren Beschreibung der Situation am Kaiserplatz. Sie selbst sei dort Anwohnerin und man könne dort keineswegs abends gefahrlos entlang gehen. Sie sei allerdings gegen die angedachte Beschallung von Betäubungsmittelkonsument*innen mit klassischer Musik und bittet um eine höhere Sensibilität beim Wording; die Begriffe „Bettlersatzwährung“ und „Beschaffungsbetteln“ sollten besser nicht genutzt werden.

Die öffentlichen Toiletten seien sicherlich ein Thema, allerdings gebe es auch in anderen Bereichen Vermüllungen, die nicht von Bettelnden verursacht würden.

Herr Hansen schließt sich der Einschätzung von Frau Bürgermeisterin Scheidt hinsichtlich der moderaten und von Verständnis geprägten Reaktionen der Anwohnenden des Kaiserplatzes in der Sitzung des Bürgerforums an. Zugleich betont er für die FDP-Fraktion, dass die Anwohner*innen aber im Zuge der Umsetzung des IKAS konkrete Verbesserungen erwarten würden. In diesem Zusammenhang erinnert er auch an die Erwartungshaltung bestimmter „schweigender“ Gruppen der Bevölkerung, die sich regelmäßig nicht in öffentlichen Veranstaltungen artikulieren würden.

Frau Stadtdirektorin Grehling nimmt zu einzelnen Wortbeiträgen Stellung. Den Vorwurf eines möglicherweise undifferenzierten Umgangs des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes mit suchterkrankten und bettelnden Menschen bzw. den unterschiedlichen Gruppen bettelnder Menschen (gewerbsmäßig, aggressiv, still) weise sie entschieden zurück. Die Kräfte des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes seien hier sehr sensibilisiert und wüssten aus der Praxis und den Erfahrungen mit den konkreten Individuen umzugehen.

Im Hinblick auf die Statistik erklärt Frau Stadtdirektorin Grehling, dass im laufenden Jahr bereits 273 Platzverweise ausgesprochen wurden und über 370 Streifengänge am Kaiserplatz stattgefunden haben.

Zugleich garantiert Frau Stadtdirektorin Grehling, dass der Ordnungs- und Sicherheitsdienst den sozialpolitischen Ansatz sehr ernst nehme. Außerdem spricht sie die Zunahme psychischer Erkrankungen unter bettelnden Menschen, Gespräche mit dem LVR mit dem Ziel, eine gegebenenfalls längere Unterbringung von bettelnden Menschen in LVR-Kliniken zu erreichen, die Problematik von quasi gewerblich agierenden bettelnden Menschen, einen „Trading-down-Effekt“ am Kaiserplatz sowie die Rechtsprechung des Schweizer Bundesgerichts an. Das IKAS sei nicht perfekt, das habe aber auch niemand behauptet. Es sei aber eine Grundlage zum Umgang mit der verschlimmerten Situation mit dem Ziel der Zusammenarbeit um Verbesserungen zu bewirken, so Frau Grehling. Die Zunahme der Problematik des aggressiven Bettelns könne nicht verleugnet werden. Man sehe und wisse, dass insoweit ein Zuzug von außen in die Szene erfolge, dies auch nicht lediglich zum Zwecke der Substitution, sondern auch zum Zwecke des Aufenthalts. Die Lage sei insgesamt für die Gesellschaft nicht mehr zu tragen. Sie stelle im Übrigen klar, selbst nicht von „No-Go-Areas“ gesprochen zu haben, dennoch sei die Problematik rund um den Kaiserplatz gegeben. Die Dinge müssten wieder in Ordnung gebracht werden und dazu sei das Konzept ein Ansatz. Die Situation zu belassen, werde zu weiteren Verschlimmerungen führen.

Frau van der Meulen fragt, ob sie richtig verstanden habe, dass die Stellen der Straßensozialarbeit nicht mit der Profession „Sozialarbeit“ besetzt werden sollen. Ferner bestätige sie nicht den Eindruck von Frau Bürgermeisterin Scheidt, den Kaiserplatz könne man abends nicht gefahrlos passieren. Sie selbst habe dort abends auch andere Erlebnisse und würde dort positive Gespräche führen.

Frau Bürgermeisterin Scheidt erwidert dazu, dass sich ihre Wahrnehmung als Anwohnerin auf 365 Tage im Jahr beziehe und nicht lediglich auf Einzelfälle.

Herr Hansen erklärt, man müsse aussparen, dass es nicht zu einem Gegeneinander verschiedener Gruppen komme. Ein moderates Vorgehen sei wichtig. Er wisse, dass es einen quasi „Betteltourismus“ nach Aachen als Oberzentrum gebe. Schnelle Lösungen seien nicht möglich, man müsse aber dafür sorgen, dass die Probleme nicht weiter zunähmen.

Herr Tönnies nimmt für die Verwaltung zur Frage der neuen, bei der Verwaltung vorgesehenen Personalstellen zur Koordination und zur Straßensozialarbeit Stellung. Diese seien ausdrücklich als Ergänzung zur Arbeit der Träger und zur Zusammenarbeit mit diesen zu verstehen, jedoch nicht etwaig als Konkurrenz. Zudem verhalte es sich bisher so, dass den Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration stetig Anfragen und Beschwerden zum Kaiserplatz etc. erreichten, ohne dass dieser dazu unmittelbar eigene Erkenntnisse „von der Straße“ haben würde. Diese Lücke solle geschlossen werden. Es sei durchaus beabsichtigt, diese Stellen mit der beruflichen Qualifikation der Sozialarbeit zu besetzen. Zu der Frage der öffentlichen Toiletten am Kaiserplatz betont Herr Tönnies, dass die Verwaltung und die Caritas die Problematik der Vermeidung einer Überqualifikation von Mitarbeitenden in den angedachten Toilettenanlagen präsent hätten. Schließlich greift Herr Tönnies den mehrfach von der Politik geäußerten Wunsch nach geeigneter Evaluierung des Umsetzungsprozesses auf und sichert zu, dass die Verwaltung im Ausschuss über die Umsetzung regelmäßig berichten werde.

Die Mitglieder des Ausschusses beschließen einstimmig und ohne Enthaltung gemäß dem Beschlussvorschlag

der Verwaltung.

Beschluss:

Beschlussvorschlag Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie:

1. Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zum Integrierten Konzept für Attraktivität und Sicherheit zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen die Verwaltung zu beauftragen, die Maßnahmenvorschläge auszuarbeiten und umzusetzen und – falls nötig – Beschlussvorschläge vorzulegen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen – unter dem Vorbehalt der unterjährigen haushalterischen Deckung – die unterjährige Einstellung einer koordinierenden Stelle für die aufsuchende Straßensozialarbeit im Fachbereich für Wohnen, Sozialen und Integration (FB 56) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 TOP4ö-PPP_Integriertes_Konzept_für_Attraktivität_und_Sicherheit

**Zu 5 Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen in der Stadt Aachen (Aachener Straßenverordnung) vom 19.03.2004 in der Fassung der Änderung vom 17.07.2019
ungeändert beschlossen
FB 32/0061/WP18**

Frau Stadtdirektorin Grehling skizziert noch einmal wichtige Hintergründe und Erwägungsgründe für die geplanten Änderungen in der Aachener Straßenverordnung. Unter anderem spricht Frau Grehling die differenzierten Regelungen für die verschiedenen Fallgruppen des Bettelns, die Rechtsprechung des Schweizer Bundesgerichts zu räumlichen Abstandsgeboten für bettelnde Menschen, neue Interventionsmöglichkeiten im Bereich der Prostitution bzw. Anbahnung sexueller Handlungen sowie Möglichkeiten der besseren Vermittlung von Angeboten aus dem Bereich sozialer Hilfsangebote an.

Frau Braun erwartet vom städtischen Ordnungs- und Sicherheitsdienst die entsprechende Beachtung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit bei der Anwendung des neuen Eingriffsinstrumentariums.

Frau Stadtdirektorin Grehling betont nochmals den Grundsatz der Verzahnung von Sozialpolitik und Eingriffsrecht im nun vorgelegten neuen IKAS und erklärt, dass die Kräfte des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes auf die Angemessenheit der Maßnahmen achten werden. Ziel sei nicht, Menschen von der Straße zu drängen, wohl aber, ein Miteinander zu ermöglichen. Am Ende ihres Wortbeitrags erläutert Frau Grehling, dass die Verwaltung bislang von gemeinsamen Streifengängen von Polizei, Ordnungs- und Sicherheitsdienstes einerseits und Streetworker*innen andererseits bewusst Abstand genommen habe, da dies unter Umständen zu Schwierigkeiten hinsichtlich des Vertrauens von Betroffenen gegenüber den Streetworker*innen führe. Prinzipiell könne aber darüber gerne nachgedacht werden, auch im Austausch mit den Trägern.

Am Ende der Aussprache beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei zwei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen.

Beschluss:

Für den Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Änderungsvorschlag zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat den Beschluss der beiliegenden Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen der Stadt Aachen (Aachener Straßenverordnung) vom 19.03.2004.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 2 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen

**Zu 6 Ratsantrag 127/18 der SPD-Fraktion vom 11.05.2021 "Erstellung eines Leitfadens für Menschen mit Behinderung" – Wegweiser für Menschen mit Behinderungen
zur Kenntnis genommen
FB 56/0522/WP18**

Frau Koentges bedankt sich namens der antragstellenden SPD-Fraktion bei Frau Krauß und Ihrem Team der Leitstelle „Menschen mit Behinderungen“ für die Erarbeitung und Veröffentlichung des Wegweisers für Menschen mit Behinderungen. Zugleich bittet Frau Koentges um die Erweiterung des Printangebots des Wegweisers um eine Version in leichter Sprache. Außerdem fragt sie nach der Möglichkeit, öffentliche Veranstaltungen der Stadt Aachen künftig auch vermehrt in leichter Sprache zu bewerben.

Frau Eickholt-Schippers regt an, den Wegweiser um Kontaktdaten von Frühförderstellen im Bereich Kinder und Jugend zu ergänzen.

Frau Krauß bedankt sich für die erfolgten Anregungen. Zum Vorschlag von Frau Eickholt-Schippers teilt sie mit, dass für die Erstellung der vorliegenden 1. Auflage bereits viele Adressaten angeschrieben wurden, der Wegweiser aber sicher noch nicht 100%ig vollständig sei. Er werde jedoch in seiner digitalen Fassung fortlaufend aktualisiert, sodass weitere Kontaktdaten im Rahmen dessen ergänzt werden würden. Bezüglich des Aspekts „Wegweiser in leichter Sprache“ stehe die Verwaltung bereits im Austausch mit einem Büro für leichte Sprache. In seiner Gesamtheit sei der Wegweiser danach für eine Übertragung in leichte Sprache nicht geeignet. Stattdessen sei mit diesem Anbieter vereinbart, nach und nach mehrere kleinere Broschüren zu den einzelnen Kapiteln des Wegweisers zu veröffentlichen. Aufgrund der begrenzten Ressourcen bitte sie insoweit allerdings um etwas Geduld. Frau Krauß sagt auch zu, die Anregung von Frau Koentges bezüglich der Veranstaltungsbewerbung in leichter Sprache nochmals mitzunehmen.

**Zu 7 Stadtteilperspektive Zukunft Forst
zur Kenntnis genommen
FB 61/1019/WP18**

Der Vorsitzende, Herr Deumens, spricht das letzte Treffen der Lenkungsgruppe des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) für Forst an und lobt die produktive Sitzung. Danach dankt er der Fachverwaltung für die Arbeit im Rahmen des ISEK-Prozesses, die heutige Verwaltungsvorlage sowie die Einbindung der Politik. Herr Dolan schließt sich dem Lob von Herrn Deumens an. Bezogen auf die Verwaltungsvorlage begrüßt er, dass nun drei Projekte sofort umgesetzt werden.

Auch Herr Tillmanns spricht Lob und Dank aus. Herr Tillmanns kritisiert die aktuelle Förderkulisse des Bundes im Bereich Städtebau, die Verzögerungen bis ins Jahr 2026 bedeuteten. Er verweist auf die Erwartungen der Bevölkerung vor Ort, die zu Recht auch kurzfristig Veränderungen erwarten würde. Insofern appelliert Herr Tillmanns an Politik und Verwaltung, bis zum Anlaufen der Städtebauförderung mit städtischen Haushaltsmitteln möglichst viele kurzfristig umsetzbare Maßnahmen durchzuführen, auch wenn er sehe, dass dies schwierig sei.

Frau Koentges dankt der Verwaltung ebenfalls und weist auf die gemachten Erfahrungen im Zusammenhang mit dem ISEK Haaren hin. Zu Beginn habe es einen großen Enthusiasmus gegeben, dann jedoch sei eine lange Zeit des Wartens eingetreten, daher müsse die Zwischenzeit überbrückt werden.

Frau Keßler-Wiertz lobt ebenfalls die geleistete Arbeit. Ihres Erachtens hätten bisher kurzfristige Maßnahmen nicht gefehlt. Auch sie und alle Beteiligten ärgerten lange Wartezeiten, allerdings seien diese nicht von der Lenkungsgruppe zu beeinflussen. Sie äußert ebenfalls die Hoffnung auf eine zügige Umsetzung von Projekten in der Interimszeit.

Am Ende der Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig ohne Enthaltung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 8 „Wir wachsen zusammen“: Konzeptumsetzung des Quartiersmanagements im Stadtteil Forst
zur Kenntnis genommen
FB 56/0526/WP18**

Herr Lamp und Frau Weis führen anhand einer Präsentation (Anlage 1 zu TOP 8ö der Niederschrift) in die Thematik der Konzeptumsetzung des Quartiersmanagements im Stadtteil Forst ein.

Die beiden Referent*innen informieren insbesondere über folgende Themen: Das Gesamtkonzept des Quartiersmanagements, einzelne Projekte des Quartiersmanagements, das Budget zur Förderung sozialer Maßnahmen i. H. v. 30.000 Euro im Jahr 2024, das mehrsprachige Kommunikationskonzept, Impressionen verschiedener Veranstaltungen und Projekte aus dem Jahr 2024, die Arbeit des Stadtteilbüros, weitere geplante Veranstaltungen im Jahr 2024, die Einbindung nicht städtischer Akteur*innen in das Konzept sowie über das Beratungsangebot des kommunalen Integrationsmanagements (KIM). Im Rahmen der Präsentation wird auch ein eigens produzierter Kurzfilm zum Thema „Wir wachsen zusammen“ gezeigt.

In der sich daran anschließenden Aussprache wird von den Ausschussmitgliedern insbesondere das Zusammenleben verschiedener ethnischer Communities im Stadtteil angesprochen.

Anlage 1 TOP8ö-Wir wachsen zusammen

**Zu 9 Unterbringung von Geflüchteten, Sachstandsbericht
zur Kenntnis genommen
FB 56/0525/WP18**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

**Zu 10 Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteiffonds – hier: Aufbau eines Netzwerkes 60+ im Aache-
ner Stadtbezirk Kornelimünster/Walheim
ungeändert beschlossen
FB 56/0524/WP18**

Ohne Aussprache entscheidet der Ausschuss einstimmig ohne Enthaltung im Sinne des Beschlussvorschlags der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt die Förderung des Projektes „Aufbau eines Netzwerkes 60+ im Aachener Stadtbezirk Kornelimünster / Walheim“ aus Mitteln des Stadtteiffonds.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 11 Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteiffonds - hier: Weihnachtsmarkt Richterich
ungeändert beschlossen**

FB 56/0523/WP18

Frau Strack fragt nach, ob eine barrierefreie WC-Anlage vorhanden und insbesondere gewährleistet sei, dass Menschen mit einem Rollstuhl die Buden und Stände anfahren könnten.

Herr Tönnies bejaht dies für die Verwaltung unter Hinweis auf entsprechend erfolgte Nachfrage beim Bezirksamt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt die Förderung des Projektes „Weihnachtsmarkt in Richterich“ aus Mitteln des Stadtteiffonds.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 12 Antrag auf Förderung von zwei Bausteinen des Projekts „Mädchen mittendrin – Mehr Chancen für Mädchen durch Fußball“ des Aachener Fördervereins Integration durch Sport ungeändert beschlossen FB 56/0513/WP18

Frau Brammertz zeigt zu Beginn des Tagesordnungspunktes an, dass für sie gem. § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen bei der Beratung und Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes ein Mitwirkungsverbot bestehe und verlässt den Sitzungssaal.

Danach beschließen die Ausschussmitglieder einstimmig gemäß dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die Unterstützung der beiden in der Vorlage beschriebenen Bausteine des Projekts „Mädchen mittendrin“ des Aachener Fördervereins Integration durch Sport für die Jahre 2025, 2026 und 2027 mit einem Zuschuss in Höhe von jährlich 14.500 Euro aus den Liquiditätserlösen der Rummeny Stiftung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 13 Housing First – Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2024 zur Kenntnis genommen FB 56/0530/WP18

Frau Brammertz kehrt zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes in den Sitzungssaal zurück und nimmt wieder an der Beratung teil.

Herr Tillmanns erklärt, dass zum aktuellen Sachstand nicht viel gesagt werden könne und er sich auf die Verwaltungsvorlage für die nächste Sitzung freue.

Zu 14 Aktuelle Situation

- a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG**

b) in den Übergangsheimen
c) bezüglich der Herkunft der geflüchteten Menschen/Nationenstatistik
zur Kenntnis genommen
FB 56/0514/WP18

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu 15 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Tönnes informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die im Dezember 2023 vom Rat beschlossene „Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Aachen für die städtischen Unterkünfte zur Unterbringung von geflüchteten Menschen, wohnungslosen Menschen und Spätaussiedler*innen“ sich nun für die Zeit ab dem 01.10.2024 im konkreten Vollzug befinde. Die Grundgebühr in den Einzelwohnungen beträgt 8,89 Euro pro Quadratmeter im Monat. Die zusätzlich erhobene Verbrauchsgebühr ist abhängig davon, ob eigene Versorgungsverträge mit Energieversorgungsunternehmen für Wasser, Strom und/oder Heizung bestehen und beträgt höchstens 3,52 € pro Quadratmeter pro Monat. In den rund 40 Übergangswohneinrichtungen beträgt die Grundgebühr 12,79 Euro pro Quadratmeter. Bestehen keine eigenen Versorgungsverträge sind zusätzlich 5,59 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche an Verbrauchsgebühr zu zahlen. Im Ergebnis kommt es somit zu Gebührenforderungen von bis zu 18,38 Euro pro Quadratmeter.

Die untergebrachten Menschen werden vom Sozialdienst informiert und für den Fall sich ergebender leistungrechtlicher Veränderungen bzw. Ansprüche bei den erforderlichen Antragstellungen unterstützt. Auch die Mitarbeiter*innen in der Verwaltung stehen für Auskünfte und Erklärungen zur Verfügung. Die leistungsgewährenden Stellen (SGB II, SGB XII sowie AsylbLG) wurden vorab über die veränderten Gebührenforderungen in den jeweiligen Leistungsfällen in Kenntnis gesetzt. Es werden ferner in den nächsten Tagen noch die Verbände informiert, um die Berater*innen auf die zu erwartenden Fragen der betroffenen Menschen vorzubereiten.

Um 19:27 Uhr schließt Herr Deumens den öffentlichen Teil der Sitzung.

Hans Leo Deumens
Ausschussvorsitzender

Michelle Schmidt
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin